

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTICH
INSPIRIEREND
S&G



Medienmüde? Dann Informationen von ...
www.kla.tv
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



HAND-EXPRESS

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G

~ AUSGABE 5/2021 ~



DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

INTRO

Trotz der Warnung von über 60 Rechtsprofessoren hat das Schweizer Parlament im September 2020 ein neues Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) verabschiedet. Die Rechtsprofessoren befürchten eine Aushebelung des Rechtsstaats, da damit politisch aktive Menschen unter Generalverdacht gestellt und Hausarreste bis zu neun Monaten über „verdächtige“ Bürgerinnen und Bürger ab dem 15. Lebensjahr verhängt werden können. Der Schweizer Souverän liess sich das nicht gefallen und hat – trotz den erschwerten Bedingungen aufgrund der Corona-Massnahmen – innert der Referendumsfrist von drei Monaten über 140.000 Unterschriften gesammelt! Für ein Referendum benötigt es in der Schweiz 50.000 Unterschriften. Damit gelangt das PMT voraussichtlich im Sommer zur Volksabstimmung. Die nächsten Volksabstimmungen stehen in der Schweiz am 7.3.2021 an. Die brisanteste davon dürfte wohl diejenige über die Elektronische Identifizierung (E-ID) sein. Kritiker warnen davor, dass die Schweizer E-ID ein Zwischenschritt sein könnte hin zu einer weltweiten digitalen Totalüberwachung. Mehr dazu in den folgenden Artikeln, die dazu beitragen sollen, eine öffentliche Debatte darüber ins Rollen zu bringen! [1]

Die Redaktion (brm.)

Großes Missbrauchspotenzial der E-ID

db./mb. Seit Jahren versuchen verschiedene Interessengruppen in der Schweiz eine elektronische Identifizierung von Personen einzuführen. Mit dem E-ID-Gesetz* soll nun eine Grundlage dafür geschaffen werden. Die Gesetzesvorlage sieht vor, dass private Unternehmen wie beispielsweise Großbanken, Versicherungsgesellschaften oder Krankenkassen einen digitalen Schweizer Pass ausstellen können. Auf den ersten Blick scheint eine E-ID sehr praktisch zu sein und das Leben der Menschen zu

vereinfachen. Bei der Frage „wer von einer E-ID profitiert?“ sollte jedoch auch ein potenzieller Datenmissbrauch berücksichtigt werden. Genau davor warnen auch Ärzte, Gesundheits- und Pflegefachpersonen, so berge z.B. eine Verknüpfung der E-ID mit dem elektronischen Patientendossier ein zu großes Missbrauchspotenzial. In einem dringlichen Appell wenden sie sich an das Schweizer Stimmvolk und empfehlen ein NEIN zum E-ID-Gesetz. [2]

*Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste

Missbrauch von Ganzkörperverhüllung verhindern

rs. Am 7.3.2021 wird in der Schweiz über die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» abgestimmt. Die Initiative will verbieten, dass man sich im öffentlichen Raum das Gesicht verhüllen darf. Dies betrifft religiös motivierte (Burka, Niqab*), sowie kriminell motivierte Verhüllungen von verummten Chaoten, Hooligans und Vandalen. Das Initiativkomitee führt an, dass die beschwichtigende Aussage, man treffe hierzulande selten auf vollständig verhüllte Menschen, nicht darüber hinwegtäuschen dürfe, dass Verhüllung auch ein Mittel sei, um terroristische Absichten zu tarnen und zu verbergen. Dafür

gäbe es zahlreiche reale Beispiele die dokumentieren, wie die Ganzkörperverhüllung von Terroristen und Kriminellen für Anschläge und Überfälle missbraucht worden sei. Das afrikanische Land Tschad z.B. habe 2015 nach einem blutigen Anschlag durch zwei verhüllte Selbstmordattentäter in der Hauptstadt N'Djamena das Tragen der Burka verboten. Um derartigen Missbrauch zu verhindern, sprechen sich auch viele Muslime in der Schweiz für ein Verhüllungsverbot aus. [4]

*Im Unterschied zur Burka-Ganzkörperverhüllung, ist der Niqab ein Gesichtsschleier bei dem die Augenpartie meist sichtbar ist

„Du kannst nicht ändern, wie andere Menschen dich behandeln, oder was sie über dich sagen. Alles was du verändern kannst, ist deine Reaktion darauf.“

Mahatma Gandhi, (1869-1948),
indischer Rechtsanwalt und
Freiheitskämpfer

CH-Referendum gegen die „Ehe für alle“

rb. Ende Dezember 2020 hat ein überparteiliches Komitee das Referendum gegen die „Ehe für alle“ ergriffen. Das Referendumskomitee bemängelt, dass das Eidgenössische Parlament durch eine bloße Gesetzesrevision die «Ehe

Führt digitale Identität zur Totalüberwachung?

db. In einem Aufruf warnt der Vorstand der Freundinnen und Freunde der Verfassung davor, dass die Daten der E-ID auf privaten Servern verwaltet werden sollen. Es ließe sich beobachten, wie der Bund mehr und mehr Daten der Bürger an private Unternehmen weitergibt, ohne einen Schutz vor der Verknüpfung dieser Daten mit unüberschaubaren Datenbanken gewährleisten zu können. International widerspiegelt sich dasselbe Bild. So arbeite beispielsweise die in New York ansässige Organisation ID2020 an einer transnationalen digitalen Identität für jeden Menschen weltweit. Diese ID soll möglichst alle über uns existierenden Daten umfassen. Das Unternehmen stütze sich auf eine mächtige Allianz mit Akteuren wie Microsoft, Accenture*, der Rockefeller-Stiftung und der Impf-Allianz Gavi. Vorangetrieben werde ID2020 vor allem von der US-Regierung und der EU-Kommission. Unter Berücksichtigung dieses globalen Kontextes zeigt sich, dass eine E-ID einem entscheidenden Schritt in Richtung einer digital kontrollierten Welt gleichkommt. [3]

*Eine der größten Dienstleisterinnen im Bereich Unternehmens- und Strategieberatung

für alle» einführen will. Dies, obwohl dazu eine Änderung der Bundesverfassung erforderlich wäre. Entgegen dem ursprünglichen Vorschlag des Bundesrates, solle zudem in der gleichen

Fortsetzung Seite 2

Quellen: [1] https://verfassungsfreunde.ch/IMG/pdf/argumentarium_d.pdf [2] www.kla.tv/18063 | www.e-id-referendum.ch/fragen-und-antworten | www.gesundheitsdatenschutz.ch/ [3] www.kla.tv/18063 | Aufruf der Freundinnen und Freunde der Verfassung vom 28.01.2021 [4] www.verhuellungsverbot.ch/abstimmungszeitung/ | https://verhuellungsverbot.ch/wp-content/uploads/2020/12/Argumentarium_Verhuellungsverbot_lang.pdf

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!
Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!
Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzaufsatz an SuG@infopool.info

Fortsetzung von Seite 1

Vorlage die Samenspende für lesbische Paare legalisiert werden. Das Kindeswohl bliebe dabei auf der Strecke. Das Komitee sagt Nein zur Salamatik. Warum Salamatik? Am 1. Januar 2007 trat das Partnerschaftsgesetz in Kraft, am 1. Januar 2018 die Stiefkindadoption für homosexuelle Paare. Nun folge bereits die Samenspende für lesbische Paare. Was kommt als nächstes? Die Leihmutterchaft für schwule Paare – als Degradierung der Frau zur käuflichen Gebärmutter? Weitere Informationen und Unterschriftenbogen unter: www.ehefueralle-nein.ch/

Corona differenziert betrachten

mab. Ein ermutigendes Beispiel wie sich überall kritische Bewegungen formieren ist die im Oktober 2020 von fünf Nordwestschweizer Unternehmern ins Leben gerufene Webseite corona-differenziert.ch. Mit fundierten Beiträgen und belegten Quellen versuchen sie seitdem, über ihre Website sowie über das regionale Wochenblatt, die einseitige Berichterstattung der Leitmedien zu entschärfen und andere Standpunkte und Informationen in die Diskussion rund um Covid 19 einzubringen. Sie stehen ein für:

- Meinungsäußerungsfreiheit, sachliche Diskussionen bei Auseinandersetzungen mit der Faktenlage.
- Evidenzbasierte Politik, bei der Maßnahmen und deren Auswirkungen laufend überprüft werden.
- Selbstverantwortung, welche auf dem Vertrauen in mündige Bürger beruht. [6]

Quellen: [5] www.telebasel.ch/2021/01/27/maurer-schweiz-macht-pro-minuten-100000-franken-schulden/?channel=105105 [6] www.coronadifferenziert.ch/wp-content/uploads/2021/01/FlyerinalleHaushalte.pdf | www.coronadifferenziert.ch/ [7] www.coronadifferenziert.ch/2021/01/28/auch-wir-wollen-zur-freieinbildung-beitragen/ | www.coronadifferenziert.ch/wp-content/uploads/2021/01/FlyerinalleHaushalte.pdf

Corona-Politik verursacht finanzielles Desaster

db./mb. Trotz sinkenden Corona-Fallzahlen beschloss die Schweizer Regierung Mitte Januar 2021 schärfere Maßnahmen gegen die Ausbreitung von Covid-19. Mindestens bis Ende Februar müssen Restaurants, Einkaufsläden und Märkte sowie Kultur-, Sport- und Freizeitanlagen geschlossen bleiben. Am 27.1.2021 erwähnte Finanzminister Ueli Maurer erstmalig die wahren Auswirkungen dieser und weiterer Corona-Maßnahmen. 2020 habe der Bund bereits rund 15 Milliarden

zur Bekämpfung von Covid-19 eingesetzt, wobei dieses Geld nicht vorhanden sei, sondern es sich um Schulden des Staates handle. Seit dem 18.12.2020 entspreche dies einer täglichen Verschuldung von 150 Millionen Franken, dies sind 6 Millionen Franken pro Stunde oder 100.000 Franken pro Minute. Währendem die Bevölkerung

ungewollt in diese Schuldenpolitik gezogen wird, sind Unternehmen gleichzeitig gezwungen infolge der Maßnahmen ihre Arbeit niederzulegen und Gelder des Bundes zu beziehen. In der Bevölkerung regt sich auf vielfältige Art Widerstand. Derzeit fordern mehrere Petitionen die Aufhebung der unverhältnismäßigen Maßnahmen. [5]

«Wenn das Bundeshausrestaurant infolge Lockdown flugs zu einer Kantine umfunktioniert werden kann, soll jedes andere Restaurant befristet auch eine Kantine werden dürfen!»

Monika Rüeegger, Initiatorin der Petition beizen-für-bueezer und SVP-Nationalrätin

1. Petition „Lockdown-Politik des Bundesrates“ von der Freiheitlichen Bewegung Schweiz. Forderung einer wissenschaftlich begründeten Erklärung zur Politik des zweiten Lockdowns und Öffnung aller Geschäfte. Unterschreiben bis spätestens 28.2.2021:

www.wirbestimmen.ch/index.php/de/petition-lockdown-de

2. Petition „Stoppt den Lockdown“ von der Politik-Newsplattform Schwiiz Brandaktuell. „Ende des Lockdowns für Restaurants und Läden, stattdessen zielgerichteten Schutz der Risikopatienten!“ www.lockdown-stop.ch/

3. Petition „Beizen für Bueezer“ („Restaurants öffnen für Arbeiter“) von der SVP-Nationalrätin Monika Rüeegger www.beizen-fuer-bueezer.ch

Zensur im CH-Media-Wochenblatt

bm. CH-Media ist eines der führenden Medienunternehmen der Schweiz, ihnen gehören u.a. auch Wochenblätter in der Nordwestschweiz. Die Herausgeber der Internetplattform coronadifferenziert.ch haben darin eine Reihe von differenzierten Beiträgen zur Coronasituation, in der Form eines bezahlten Inserates, publizieren lassen. Anfangs Jahr war ein weiterer Bericht zum neuen mRNA-Impfstoff für eine Veröffentlichung geplant. Trotz des unten im Zitat genannten Leitsatzes der CH-Media, wollte das Wochenblatt den Bericht aufgrund des Bundesgesetzes für unlauteren Wettbewerb nicht ver-

öffentlichen. Eine Begründung gab es nicht dazu und dies wohlverstanden für einen bezahlten Artikel, nicht etwa für eine Gratisanzeige! Mit einem letzten Artikel „Und was, wenn der Lockdown nichts bringt?“ wollte sich coronadifferenziert.ch von den Lesern verabschieden, aber auch dessen Abdruck wurde wiederum ohne Begründung abgelehnt. Nun haben sie eine eigene kleine Zeitung herausgegeben und sie in 75.000 Haushaltungen verteilen lassen. Auf ihrer Webseite stehen die Artikel auch zur Verfügung und man kann den kostenlosen Newsletter abonnieren. [7]

Schlusspunkt •

Lois Sasek, Tochter des Kla.TV-Gründers Ivo Sasek, hat an einer Konferenz im März 2019 zusammen mit Kla.TV-Moderatoren das Lied *Schalt den Fernseher aus* gesungen. Man könnte das Lied noch ergänzen mit „...und lege die Zeitung beiseite! Schalt Dich ein bei Klagemauer.TV und besorge Dir den S&G-Hand-Express!! Sieh Dir dort freie Medien an, die die Gegenseite aufzeigen, damit Du Dir Dein eigenes Bild machen kannst.“

www.kla.tv/16791

Die Redaktion (brm.)

„Wir stehen für eine Publizistik mit einer liberalen Haltung. Wir tragen zur freien Meinungsbildung, zu Erkenntnisgewinn und Orientierung bei und schaffen so eine Grundlage für eine offene demokratische Gesellschaft.“

Zu finden unter der Rubrik «über uns» auf der Webseite von CH-Media, eines der führenden Schweizer Medienunternehmen

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 5.2.21

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitsliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

Redaktionsadresse:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen:

ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage

Abonnentenservice:

www.s-und-g.info
Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen



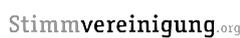
www.anti-zensur.info



www.kla.tv



www.panorama-film.ch



www.stimmvereinigung.org



www.agb-antigenozidbewegung.de



www.sasek.tv